

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Heinrich G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 60 39/39  
Telex: 886 846 pbbn d  
Telefax: 21 08 94

## Inhalt

Norbert Gansel MdB zu Schäubles Äußerung, die EG müsse in Jugoslawien "notfalls" militärisch eingreifen: Leichtfertig und unverantwortlich.

Seite 1

Dr. Werner Schuster MdB zum Ergebnis der Wahlen in dem schwarzafrikanischen Staat: Das Wunder von Sambia.

Seite 2

Robert Leidinger MdB zum Erfordernis eines Sicherheitskonzeptes, das den politischen Veränderungen Rechnung trägt: Tiefflug völlig abschaffen.

Seite 3

**Dokumentation**  
Der scheidende Ratsvorsitzende der EKD, Bischof Martin Kruse, hat den Fremdenhaß in Deutschland gerügt. Wortlaut

Seite 4

46. Jahrgang / 210

4. November 1991

### Leichtfertig und unverantwortlich

**Zu Schäubles Äußerung, die EG müsse in Jugoslawien "notfalls" militärisch eingreifen**

**Von Norbert Gansel MdB**

**Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion  
und Vorsitzender des außenpolitischen Fraktionsarbeitskreises**

Die Äußerung Bundesinnenministers Schäubles auf dem Deutschlandtag der Jungen Union, die Europäische Gemeinschaft müsse in Jugoslawien "notfalls auch militärisch eingreifen, um das Blutvergießen zu beenden" ist leichtfertig und unverantwortlich.

Ein militärisches Eingreifen würde, nachdem die Bundesregierung mit ihren europäischen Partnern über Monate diplomatisch versagt hat, das Blutvergießen nur noch vergrößern. Ein solches Eingreifen ist völkerrechtlich nicht zulässig und militärisch nicht möglich.

Bis heute hat die Bundesregierung keine klare Haltung eingenommen, wie und unter welchen Bedingungen sie sich für die völkerrechtliche Anerkennung Sloweniens und Kroatiens einsetzen will. Bis heute hat die EG sich nicht entscheiden können, wirtschaftliche Sanktionen gegen die jugoslawische Bundesarmee und Serbien wegen exzessiver Verletzungen von Waffenstillstandsvereinbarungen zu treffen. Wenn ein Regierungsmitglied bei dieser Ausgangslage auf einem Deutschlandtag der Jungen Union ein militärisches Eingreifen an die Wand malt, müßte ihm die Lizenz für freie Rede entzogen werden.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich in der EG für einen klaren Fahrplan zur völkerrechtlichen Anerkennung der jugoslawischen Republiken einzusetzen, die unabhängig werden wollen. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich in der EG für Sanktionen einzusetzen, wenn die Kampfhandlungen in Jugoslawien nicht unverzüglich eingestellt werden.

Hohe Priorität muß allen Maßnahmen beigemessen werden, die die jugoslawische Krise eindämmen und eine Verwicklung der Nachbarstaaten ausschließen. Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, sich dem Vorschlag der ungarischen Regierung zueigen zu machen, Beobachter der EG in Ungarn zu stationieren, die die Entwicklung an der serbisch-ungarischen Grenze beobachten und schon durch ihre Anwesenheit die Gefahr von Grenzverletzungen durch die jugoslawische Bundesarmee verringern können.

(-/4.11.1991/rs/ks)

\*\*\*\*\*

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kemienigte Zeitung  
nur wenn alle Rahmstoffe  
Kerulung-Papier



### Das Wunder von Sambia

Zum Ergebnis der Wahlen in dem schwarzafrikanischen Staat

Von Dr. Werner Schuster MdB

Am 30. Oktober 1991 haben die ersten demokratischen Wahlen in Sambia nach Jahrzehnten der Einparteienherrschaft stattgefunden. Diese Wahlen sind von weitreichender Bedeutung, nicht nur für Sambia, sondern auch für die weitere demokratische Entwicklung in Schwarzafrika.

Erstmals in der Geschichte Schwarzafrikas tritt ein langfristiger Herrscher nach einer eindeutigen Niederlage bei einer demokratischen Wahl ab und gibt sich mit der Oppositionsrolle zufrieden. Ein eindrucksvolles Beispiel demokratischer Gesinnung mit dem sich Kenneth Kaunda wohltuend von anderen Staatshäuptern, wie zum Beispiel von seinem "Nachbarn", dem korrupten Diktator Mobutu in Zaire, abhebt.

Bei aller berechtigter Kritik an der autoritären Herrschaftsform und der verfehlten Wirtschaftspolitik in der langen Regierungszeit Kaundas, deren Ausdruck der überwältigende Wahlsieg Chibulas ist, dürfen die Verdienste Kenneth Kaundas nicht vergessen werden.

Im Gegensatz zu vielen schwarzafrikanischen Staaten konnte in Sambia nach der Unabhängigkeit der innere Frieden gesichert werden, ethnische Konflikte von großem Ausmaß sind diesem Land in dem über 30 Stämme leben, erspart geblieben. Auch in der Außenpolitik war Kaunda über lange Jahre eine der wichtigsten Stimmen Afrikas, vor allem im Kampf gegen das Apartheidregime in Südafrika.

Es bleibt abzuwarten, ob es dem Wahlsieger Chibula gelingen wird, die heterogenen Tendenzen seiner Partei, in der es einen starken Unternehmer- und einen starken Gewerkschaftsflügel gibt, zu einigen, um die wichtigste Aufgabe, den Wiederaufbau der am Boden liegenden Wirtschaft des Landes in Angriff zu nehmen.

Bei meinen Gesprächen mit Frederick Chibula wurde deutlich: Er verfügt über klare wirtschaftspolitische Vorstellungen; er setzt auf ökonomischen Sachverstand; er machte auch im Wahlkampf keine leeren Versprechungen, sondern er setzt auf die individuellen Anstrengungen seiner Landsleute, denen er "Blut und Schweiß" versprach. Er tritt entschieden für eine Dezentralisierung und Privatisierung der bürokratischen, zentralistischen Staatswirtschaft ein.

Bei aller Befriedigung über diesen friedlichen demokratischen Wandel in Sambia, darf nicht übersehen werden, daß diese Wahlen keines der brennenden sozialen und ökonomischen Probleme des Landes gelöst haben. Mit einer Verschuldung in Höhe von mehr als sieben Milliarden Dollar ist Sambia - gemessen am Sozialprodukt - eines der höchstverschuldeten Länder der Welt.

Es wäre unredlich, die Ursachen für den wirtschaftlichen Niedergang des Landes allein der Politik Kaundas anzulasten; eine wichtigere Rolle spielen die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Sambia ist es seit der Unabhängigkeit nicht gelungen, die Abhängigkeit von dem wichtigsten Exportprodukt Kupfer zu überwinden. Mit dem Einbruch des Kupferpreises auf dem Weltmarkt begann Mitte der siebziger Jahre der wirtschaftliche Niedergang Sambias. An einem Beispiel wird die dramatische Verschlechterung der "Terms of Trade" besonders deutlich: Konnte Sambia 1973 mit dem Erlös für eine Tonne Kupfer noch 400 Faß Rohöl kaufen, so sind es heute nur noch 60 Faß. So sah sich Sambia im Jahre 1989 gezwungen, den Gang zum Internationalen Währungsfonds (IWF) und zur Weltbank anzutreten. Die im Zuge marktwirtschaftlicher Reformen eingeleiteten drastischen Preiserhöhungen für das Grundnahrungsmittel Maismehl führten im vergangenen Jahr zu blutigen Hungerunruhen. Das Verhältnis zu den internationalen Geldgebern blieb gespannt. Als Sambia sich im September 1991 nicht in der Lage sah, eine fällige Rate in Höhe von 20 Millionen US-Dollar an die Weltbank zurückzuzahlen, forderte die Weltbank kurzerhand zugesagte neue Kredite in Höhe von mehr als 200 Millionen US-Dollar ein. Hier zeigte sich: offenbar sind IWF und Weltbank die eigentliche Regierung Sambias! Mit rein marktwirtschaftlichen Reformen ohne soziale Flankierung kann vielleicht das Haushaltsdefizit beseitigt werden, aber nur auf Kosten der großen Mehrheit der Bevölkerung.

Die neue Regierung Sambias steht vor riesigen, fast unlösbaren Problemen. Die Bevölkerung hofft auf eine rasche Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage, soziale Spannungen und Konflikte sind vorhersehbar.

Rasche, unbürokratische Hilfe aus dem Norden ist jetzt gefragt; die sich aus folgenden Komponenten zusammensetzen muß: umfassender Schuldenerlaß (hier ist die Bundesrepublik 1989 mit gutem Beispiel vorgegangen); Beratung bei den notwendigen Maßnahmen der wirtschaftlichen Umstrukturierung, vor allem bei der Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung; Hilfe bei der Ausbildung und Qualifizierung von Fachkräften; Unterstützung der in Sambia zahlreichen Nichtregierungsorganisationen; Hilfen bei Aufbau kleiner und dezentraler Unternehmen.

Dem BMZ ist zu empfehlen, im Haushaltsentwurf 1992 für Sambia eine "Nachbesserung" zur Förderung von Maßnahmen im oben genannten Sinne vorzunehmen; vor allem für den raschen Abfluß der bereits zugesagten 34 Millionen DM zu sorgen.

Der Prozeß der Demokratisierung in Sambia kann Vorbild für ganz Schwarzafrika sein. Er darf nicht an mangelnder Unterstützung scheitern!

(-/4.11.1991/rs/bgy)

\*\*\*\*\*

### Tiefflug völlig abschaffen

**Zum Erfordernis eines Sicherheitskonzeptes, das den politischen Veränderungen Rechnung trägt**

**Von Robert Leidinger MdB**

**Sicherheits-Experte der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag**

Die bayerische SPD-Landesgruppe im Bundestag hat in einer Resolution die völlige Abschaffung des Tiefflugs verlangt. Die Resolution soll als Antrag vom Landesparteitag im November in Bayreuth beschlossen werden. Sie hat folgenden Wortlaut:

1. "Die bayerische SPD lehnt Tiefflug in Deutschland und Luftkampfübungen über bewohntem Gebiet strikt ab. Dabei darf es keine Ausnahmen geben. Die bayerische SPD fordert deshalb die umgehende und generelle Aussetzung von Tiefflug über Deutschland sowie ein Verbot von Luftkampfübungen über bewohntem Gebiet.

Dies muß auch für die neu betroffenen Gebiete der sogenannten 'Entflechtungszone' im Bereich der ehemaligen innerdeutschen Grenze als auch für die bisherige 'Identifikationszone (ADIZ)' im Grenzgebiet der CSFR gelten, die nach der Einheit und dem Wegfall des Eisernen Vorhangs nun als Tieffluggebiete in den militärischen Flugbetrieb einbezogen worden sind.

2. Dieses generelle Tiefflugverbot muß ebenfalls für alliierte Luftstreitkräfte in Deutschland gelten. Entsprechende Abkommen sind durch die Bundesregierung bilateral und im NATO-Bündnis zu vereinbaren und in die im September 1991 begonnenen Verhandlungen über die Neufassung des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut einzubringen."

Zur Begründung möchte ich anführen: Die erfolgte Neuordnung der politischen Landkarte Europas führt zu völlig neuen sicherheitspolitischen Strukturen. Durch die Auflösung des Warschauer Paktes und den Wandel der NATO hin zum politischen Bündnis müssen die Weichen für eine Neuformulierung des Auftrages an unsere Streitkräfte gestellt werden. Die drastisch reduzierte Bedrohung und langfristige Vorwarnzeiten machen ein ständiges militärisches Tiefflugtraining in Deutschland überflüssig.

Vor diesem Hintergrund ist ein Festhalten am militärischen Tiefflug nicht mehr vertretbar. Um eine ausreichende und glaubwürdige militärische Selbstverteidigungsfähigkeit sicherzustellen, kann im normalen Übungsbetrieb der Luftstreitkräfte in Zeiten des Friedens auf Tiefflüge völlig verzichtet werden.

In Jahrzehnten der militärischen Konfrontation hat die Bevölkerung beider ehemaligen deutscher Staaten an der Nahtstelle zwischen Ost und West ständig erhebliche Belastungen ertragen. In Anbetracht der erreichten politischen Entspannung in Europa und weitreichender Abrüstungsschritte muß es heute die zentrale Aufgabe der deutschen Sicherheitspolitik sein, Rücksicht auf die natürlichen Lebensinteressen der Bevölkerung zu nehmen und die durch Tiefflug verursachten Gefährdungen, Lärmbelästigungen und Umweltbelastungen einzustellen.

(-/4.11.1991/rs/bgy)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Martin Kruse: Schutz des Fremden ist Gottes Gebot**

Der scheidende Rats-Vorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland EKD, Bischof Martin Kruse, hat bei der Eröffnung der Synode am Sonntag in Bad Wildungen den Fremdenhaß gerügt. Wir dokumentieren einige Passagen aus seiner Rede.

Der Schutz des Fremden ist Gottes Gebot. In unserem Land wird zur Zeit schlimm dagegen verstoßen.

Es gibt verschiedene Ursachen dafür. Die Furcht vor materiellen Einbußen und die Sorge um Arbeitsplätze spielt eine große Rolle. Die soziale Verunsicherung den neuen Bundesländern wirkt sich dort zusätzlich aus. Wer auf der Suche nach der eigenen Identität ist, hat es schwer, sich von Nöten anderer Menschen ansprechen zu lassen. Wer tiefer nachschaut, wird finden, daß die Ursachen begründet sind in einer tiefstehenden Angst vor dem Fremden überhaupt und auch vor der Überraschung.

Solche Sorgen müssen ernst genommen werden. Jedoch hat die Art und Weise, wie der Streit um die Eingrenzung des Zuzugs von Ausländern in unserem Land geführt wurde, zu einer schädlichen Emotionalisierung beigetragen. Immer wieder begegnen wir einer irreführenden Verengung der Betrachtungsweise, als sei eine Lösung mit rechtlichen Veränderungen und der Beschleunigung von Verfahren zu erreichen. Ursache des Einwanderungsdrucks sind die Wanderungsbewegungen in Europa und in der Dritten Welt. Sie haben ihren Grund in Hunger, Armut, Katastrophen, Krieg und auch in politischer und religiöser Unterdrückung, also der Verletzung elementarer Menschenrechte. Sie sind ein Signal, daß der Kampf gegen das Elend mit zu schwachem Einsatz geführt wird.

In der Aufnahme früherer Erklärungen des Rates der EKD ist angesichts der gegenwärtigen Diskussion dies zu betonen: Das Asylrecht nach Artikel 16 des Grundgesetzes muß in seiner Substanz erhalten bleiben. Zu diesem Grundrecht gehört auch, daß Personen, deren Asylgesuch rechtmäßig nach sorgfältiger Prüfung verworfen wurde und die auch keinen anderen rechtlichen oder humanitären Grund für einen weiteren Verbleib in Deutschland haben, abgeschoben werden. Diese schmerzliche Pflicht des Staates darf nicht diskreditiert werden.

Die Staatengemeinschaft der Welt, die Kirchen, die freien Kräfte sind weiterhin aufgerufen, die Lebensumstände in den Herkunftsländern der Flüchtlinge so zu verändern, daß sich nicht Menschen gezwungen fühlen müssen, ihre Heimat zu verlassen.

Ich möchte hier einen Dank einfügen. Frau Liselotte Funcke hat im Juli ihr Amt als Ausländerbeauftragte der Bundesregierung aufgegeben. Die Stelle wird in Kürze wieder neu besetzt. Frau Funcke sei herzlich dafür gedankt, wie umsichtig und engagiert sie diese schwierige Aufgabe wahrgenommen hat. Bei ausländischen Menschen hat sie das Vertrauen gefunden und viel zum Frieden in unserem Land beigetragen. Frühzeitig hat sie vor zunehmender Ausländerfeindlichkeit gewarnt und auf die wachsenden Probleme in den neuen Bundesländern hingewiesen. Sie hat vorgeschlagen, zur Beratung der Regierung eine "Ständige Kommission für Migration und Integration" einzurichten, in der alle gesellschaftlichen Kräfte vertreten sind. Wenn es dazu kommt, sollte die EKD bereit sein, aktiv dabei mitzuwirken.

(-/4.11.1991/rs/bgy)